

Mehr Frauen als Chefs oder Bußgeld?

Sachsen-Anhalts Landesregierung sieht bei der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen Handlungsbedarf. Das Kabinett unterstützte gestern eine Bundesratsvorlage für eine EU-weite Debatte darüber, ob man börsennotierte Firmen künftig zu einer Frauenquote in Chefetagen notfalls gesetzlich zwingt. Justizministerin Angela Kolb (SPD) sprach sich zudem für Sanktionen wie Bußgelder aus.

Von Jens Schmidt und Silke Janko

Magdeburg. Einen Gesetzesvorschlag gibt es noch nicht. Doch Justizministerkonferenz sowie verschiedene Ausschüsse im Bundesrat beschäftigen sich derzeit damit, ob und wie Großunternehmen künftig gesetzlich gezwungen werden können, mehr Chefstühle mit Frauen zu besetzen. Sachsen-Anhalts Kabinett einigte sich gestern auf



Angela Kolb



Clemens Gutmann



Udo Gebhardt



Lydia Hüskens

seiner Sitzung in Magdeburg darauf, einer entsprechenden Initiative im Bundesrat zuzustimmen, dieses Thema im „Grünbuch“ der EU aufzunehmen. Im „Grünbuch“ werden Gesetzesideen gesammelt. Das Thema steht im Bundesrat am Freitag auf der Tagesordnung. „Deutschland sieht in diesem Punkt sehr schlecht aus“, sagte Justizministerin Kolb gestern nach der Kabinettsitzung. Kolbs Vorbild ist Norwegen. Seitdem dort vor einigen Jahren dies gesetzlich geregelt worden

sei, seien dort 40 Prozent der Chefstühle von Frauen besetzt, sagte die Justizministerin. Die Sanktionen reichten vom Bußgeld bis zur Zwangsliquidation. „So weit muss man sicher nicht gehen, aber Bußgelder halte ich für denkbar.“ Kolb sagte, Deutschland habe genügend qualifizierte Frauen für Spitzenjobs. Auch Kinder und Familie sind nach Kolbs Ansicht kein Hinderungsgrund für den Aufstieg nach ganz oben. Abgesehen von staatlicher Kinderbetreuung seien Frauen mit

Vorstandsgehältern in der Lage, hauswirtschaftliche Dienstleister in Anspruch zu nehmen. „Der Hauptgrund ist, dass Männergremien über die Besetzung entscheiden. Und diese greifen auf Männer zurück, da sie damit Erfahrung haben.“

Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) sieht Handlungsbedarf, setzt aber auf Freiwilligkeit. „Der Staat wird diese dauerhafte Ressourcenverschwendung nicht ewig tolerieren. Eine Quote sollte aber immer das letzte Mittel sein.“

Arbeitgeber-Chef Clemens Gutmann sagte: „Bei börsennotierten Firmen ginge ein verstärkter staatlicher Eingriff noch in Ordnung - bei allen anderen Firmen wäre es ein nicht hinzunehmender Eingriff in die unternehmerische Freiheit.“ Gutmann hält es für wichtiger, dass Eltern und Schulen darauf hinwirken, dass Mädchen Fächer studieren, bei denen sie bessere Aufstiegschancen ha-

ben. „Eine Maschinenbauerin hat da bessere Aussichten als eine Politologin.“ Die Gewerkschaft fände eine Frauenquote gut. DGB-Landeschef Udo Gebhardt: „Frauen entscheiden wirksamer, weil kreativer und sozial umsichtiger. Mehr Frauen in Chefetagen, das könnte ein Erfolgsmodell sein.“ CDU-Wirtschaftspolitiker Detlef Gürth hingegen zürnte: „Das ist purer Aktionismus.“ Er würde Widerstand gegen ein Gesetz organisieren.

Die FDP-Fraktion meinte, der Staat müsse sich zuerst an die eigene Nase fassen. Ihre Parlamentarische Geschäftsführerin Lydia Hüskens: „Ich fände es gut, wenn die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen würde, bevor sie Firmen etwas vorschreiben will.“ Die allermeisten Spitzenposten in der Regierung - wie Minister, Staatssekretäre oder Abteilungsleiter - sind mit Männern besetzt.